Freitag 40
Die Ost-West-Wochenzeitung
05.10.2007

Robert Zion

Ja, uns gibt es tatsächlich

CROSSOVER-PROZESS *Bei den Grünen stehen dafür ein Fundus an programmatischen Ideen und bald eine neue Generation bereit*

In seinem Debatten-Text hielt an dieser Stelle zuletzt Hans Thie - wie vor ihm bereits Christoph Spehr - eine öffentliche und grundsätzliche Absage der SPD an das Erbe der Ära Schröder für unverzichtbar. Der Autor bezeichnete den letzten SPD-Regierungschef als "bislang reaktionärsten Kanzler der Nachkriegsgeschichte". Sehr viel konzilianter äußerte sich der Linkspartei-Politiker Stefan Liebich, der Vorbedingungen eines parteiübergreifenden Dialogs für wenig sinnvoll hielt und als Sprecher des *forums demokratischer sozialismus* (fds) in der Partei Die Linke einen neuen rot-rot-grünen Crossover-Diskurs empfahl. Wir setzten die Debatte fort mit einem Beitrag des Grünen-Politikers Robert Zion, der zuletzt den Sonderparteitag seiner Partei in Göttingen initiierte und erfolgreich für einen neuen Kurs der Grünen in der Afghanistan-Politik warb.

Als Joschka Fischer nach seinem Rückzug aus der Politik sagte: "Das rot-grüne Kapitel, das meine Generation geschrieben hat, ist unwiderruflich zu Ende", hätte man dies ernster nehmen sollen, auch bei den Grünen. Erstaunlich eigentlich für eine Partei, die den heimlichen Vorsitzenden stets sehr ernst genommen hat. So ernst wie 1994, als alle Diskussion um einen neuen Arbeitsbegriff und eine Entkoppelung von Arbeit und Einkommen in der grünen Bundestagsfraktion abgebrochen und damit der Weg bereitet wurde zur SPD und zur heutigen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Das ursprüngliche Projekt der Grünen, die postfordistischen Arbeits- und Produktionsweisen in emanzipatorischer Absicht wirtschaftspolitisch zu gestalten und sozial abzusichern, wurde so zu Gunsten der Regierungsfähigkeit an eine eigentlich gar nicht auf den Postfordismus eingestellte SPD überantwortet. Gleichwohl sind die früheren Ansätze der Grünen bislang nicht verschwunden.

Kürzlich habe ich auf dem Landesparteitag der NRW-Grünen in Bochum an dieses Projekt zu erinnern versucht: So findet sich im ersten Reader über originäre Grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik von 1985 die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens: Es ging um eine Verbindung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. 1989 erklärten wir: Es ist die Selbstverpflichtung der Grünen, darauf hin zu arbeiten, die Lebenschancen aller Menschen unter Beachtung der ökologischen Belastbarkeit der Erde auf möglichst hohem Niveau anzugleichen.

Hinter dem verschwundenen Übervater gibt es nicht nur Kämpfe um die Führung

Die Idee lautete: Das Festhalten am Wohlstandsmodell der industriegesellschaftlichen Normarbeit - das was Fordismus genannt wird - zwingt uns zu permanentem Wachstumsdruck, egal ob neoliberal-angebotsorientiert oder keynesianisch-nachfrageorientiert. Heute ist das, was wir früher noch als Entwurf formuliert haben, Wirklichkeit - wir leben in einer postindustriellen Gesellschaft.

Wie der Sonderparteitag von Göttingen zeigte, erinnern wir uns durchaus an frühere Konzepte. Was dies für einen Crossover-Prozess bedeutet, ist jedoch noch völlig unklar. Denn hinter dem verschwundenen Übervater Joschka Fischer eröffnet sich der Blick auf eine Partei, in der nicht nur Führungskämpfe stattfinden, sondern auch ein Generationenumbruch geschieht.

Revolutionen geschehen heute gesellschafts- und systemimmanent

Daher könnten die Grünen eine Schlüsselfunktion im Crossover-Prozess einnehmen, weil sie einen programmatischen Fundus haben und nun Politikerinnen und Politiker hervorbringen könnte, die sich von den Gründern emanzipieren müssen. Dies verspricht auch eine Emanzipation aus überkommenen Analysen und Lösungen, da inhaltliche und biografische Emanzipation in der Politik oft einhergehen.

Es wird wohl mit den jungen Grünen kein Zurück mehr geben, keine Verteidigung der "Errungenschaften", keine "defensive Politik der reinen Verteidigung des Sozialstaates", die auch WASG-Mitbegründer Joachim Bischoff im *Freitag* zu Recht als "unrealistisch" bezeichnet hat. Als Produkt des Postfordismus sind die Grünen zu neuer Politik verurteilt, besser noch: wieder aufgerufen.

Hinzu kommt, dass wir uns zu einer Partei entwickeln, in der Debatten in offenen Netzwerken stattfinden. Dies machte die Revitalisierung basisdemokratischer Parteikultur nach Rot-Grün wieder möglich. Und seitdem die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* im Juli die Existenz der Grünen Linken mit dem lakonischen Kommentar: "Ja, die gibt´s auch" bedachte - und vor allem seit Göttingen -, wird geschaut, was bei uns eigentlich gedacht wird. Der Öko-Sozialismus der achtziger Jahre etwa? Handelt es sich gar um "Neo-Fundis", wie der *Spiegel* übereilt meinte?

Nichts von alledem. Diskutiert wird das, was Albrecht Müller im *Freitag* in altsozialdemokratischer Manier "soziologisches Kauderwelsch" genannt hat: die Regulationstheorie von Alain Liepitz, Konzepte zum Grundeinkommen, zu öffentlichen Gütern, zur Arbeitsgesellschaft und zu immaterieller Arbeit; diskutiert wird die Suche nach gesellschaftspolitischen Zielen in einer Gesellschaft, die keine mehr hat, jenseits der von Benjamin Mikfeld so benannten "Zombielinken".

Auch jenseits von äußerst skeptisch zu betrachtenden Konzepten einer "Grünen Marktwirtschaft" oder eines "Öko-Kapitalismus" aus den USA, der die Natur zum "Dienstleister" degradiert und deren Kapitalisierung zum neuen Heilsversprechen erklärt. In Zeiten, in denen der ehemalige Chefvolkswirt der Weltbank, Nicholas Stern, den Klimawandel als eine "Folge des größten Marktversagens" deutet, welches die Völkergemeinschaft je in Kauf genommen hat, wird eine "unsichtbare Hand des Marktes" kaum Aussicht auf Erfolg haben.

Wir sollten nicht von neuer Armut reden, wenn wir vom neuen Reichtum schweigen

Als der heutige Europaparlamentarier Frithjof Schmidt 1988 schrieb, die Grünen hätten sich entschieden, aus der "revolutionaristischen Selbstisolierung" zu treten, war dies ein endgültiges Urteil. Revolutionen geschehen heute gesellschafts- und systemimmanent. Das heißt, für uns geht es in der Debatte um die Formulierung eines Transformationsprozesses der Wirtschaftsgesellschaft: Zu den ökonomischen Problemen der Produktion und Verteilung gesellt sich das der Nachhaltigkeit.

So stehen die Grünen vor der Aufgabe, einen eigenständigen, wirtschaftspolitischen Neuen Weg zu formulieren, da der so genannte Dritte Weg als hinfällig betrachtet werden muss und selbst auf die Frage nach den Arbeits- und Produktionsweisen einer wissensbasierten Ökonomie keine passenden Antworten mehr bietet.

Eine gewaltige Aufgabe, für die Gesamtlinke sowieso, eine Aufgabe, die Björn Böhning und Benjamin-Immanuel Hoff sehr treffend in dieser Debatte benannt haben: "›New Deal‹ - keine Rolle rückwärts". Es reicht auch für die Grünen nicht mehr, den bisherigen Ideologien das Prinzip der Nachhaltigkeit anzukleben ("Öko-Sozialismus", "Öko-Kapitalismus"). Die Transformationen im Wirtschaftlichen und Sozialen emanzipatorisch zu gestalten, ist die heutige Aufgabe der Linken. Sie braucht keine Revolutionsideen, sondern dringend Transformationstheorien.

Rot-Grün hat für diese Republik, und daran hat Daniel Cohn-Bendit kürzlich zu Recht erinnert, "einen wichtigen Beitrag zur Politisierung und Demokratisierung Deutschlands geleistet." Der Fehler war, sich die größte Sozialreform, die diese Republik je erlebt hat, in nicht unwesentlichen Teilen vom Personalchef einer Automobilfirma schreiben zu lassen. Denn diese Gesellschaft ist keine Automobilfirma, und Politik ist keine Betriebswirtschaftslehre.

Sicher sollte an den alten Zielen des Sozialstaates festgehalten werden, keineswegs aber an den alten Mitteln. Denn an die Stelle des bürgerlichen Eigentumsbegriffs, also der individuellen Aneignung der eigenen Arbeitsergebnisse, tritt heute der individuelle Anspruch auf "Zugang zu" und "Teilhabe an" gesamtgesellschaftlichen Mehrwertergebnissen.

Die soziale Frage zu beantworten, heißt heute den freien Zugang zu ökonomischen, sozialen und politisch-kulturellen Netzwerken und individuelle Teilhabe am Reichtum der Gesamtgesellschaft zu sichern. Die Verteilungsfrage verschwindet darüber nicht. Sie nimmt nur einen grundlegend anderen Charakter an. Die bisherigen Mechanismen der marktförmigen Primärverteilung und der staatsförmigen Sekundärverteilung zerschellen an der schlichten Tatsache, dass die Akkumulation des gesamtgesellschaftlich erzeugten Reichtums weitgehend im privaten Vermögensbesitz stattfindet.

Wir sollten daher nicht von neuer Armut reden, wenn wir vom neuen Reichtum schweigen. Was Armut und Reichtum betrifft, wird diese Gesellschaft immer verschämter und unverschämter. Wenn die Gesamtlinke dies nicht weiter zulassen will, müssen SPD, Linkspartei und Grüne in der Tat aufhören, wie Björn Böhning und Benjamin-Immanuel Hoff schreiben, "die Brücken zueinander abzubrechen." Die Lage ist dafür zu ernst.

Bisher haben in dieser Debatte geschrieben: **Albrecht Müller**
Die drei Buchstaben einfach geklaut
(*Freitag* 26 vom 29. 6. 2007)

Benjamin Mikfeld
Die Auferstehung der Zombielinken
(*Freitag* 29 vom 20. 7. 2007)

Albrecht Müller
Das Versagen der SPD-Linken
(*Freitag* 30 vom 27. 7. 2007)

Benjamin Mikfeld
Wir wollen keine Wirtshausprügelei

Wir wollen keine Wirtshausprügelei
(*Freitag* 32 vom 10. 8. 2007)

Joachim Bischoff
Über Zombies und Voodoo-Kult
(*Freitag* 32 vom 10. 8. 2007)

Björn Böhning/Benjamin Hoff
New Deal - keine Rolle rückwärts
(*Freitag* 34 vom 24. 8. 2007)

Wolfgang Storz
Schlagabtausch mit Pappkameraden
(*Freitag* 34 vom 24. 8. 2007)

Christoph Spehr
Die Ehre der Zombies
(*Freitag* 36 vom 7. 9. 2007)

Michael Jäger
Den Staat als Pionier sehen
(*Freitag* 36 vom 7. 9. 2007)

Hans Thie
Gefangen im Kanzlererbe
(*Freitag* 38 vom 21. 9. 2007)

Stefan Liebich
Nicht den Einlassdienst zum linken Diskurs übernehmen
(*Freitag* 38 vom 21. 9. 2007)

sueddeutsche.de

Ressort: Deutschland
URL: /deutschland/artikel/502/144177/
Datum und Zeit: 22.11.2007 - 12:50

22.11.2007 12:36 Uhr

Grünen-Politiker Robert Zion

Von Nürnberg nach Nürnberg

Robert Zion, der Rebell von Göttingen, will es auf dem Grünen-Parteitag in Nürnberg wieder wissen. Er fordert exklusiv auf *sueddeutsche.de* ein Grundeinkommen für alle. Und stemmt sich damit gegen den Bundesvorstand. Damit hatte er schon einmal überraschenden Erfolg.

Von Robert Zion

Auf ihrem Parteitag 1986 in Nürnberg beschlossen die Grünen ein ehrgeiziges Konzept: das 140-seitige Programm "Umbau der Industriegesellschaft". Heute, über zwanzig Jahre später, könnte die Partei abermals in Nürnberg mit einer Richtungsentscheidung für ein Grundeinkommen wieder ein großes Thema besetzen und sich als Konzeptpartei neu legitimieren.

Robert der Zion, der Rebell von Göttingen, meldet sich zurück. Foto: dpa

Bei drei Millionen Menschen, die trotz Arbeit arm sind, bei ca. drei bis vier Millionen Menschen in verdeckter Armut, bei zunehmend prekarisierter Beschäftigung und bei mindestens 2,5 Millionen armen Kindern, geht es heute nicht mehr nur um Hilfssysteme für Bedürftige.

Vielmehr werden die Grünen in Nürnberg über das soziale Fundament der Gesellschaft und über ihren Zusammenhalt zu reden haben. Auch darüber, dass nach über 20 Jahren neoliberaler Strömungspolitik in den Wissenschaften, in den Medien, in den Parteien, das Soziale zum Teil wieder von unten her neu rekonstruiert werden muss. Der Parteitag wird drittens darüber reden, ob es den Grünen wieder gelingt, eine ihrer vier Säulen, das Soziale, noch einmal zu einer tragenden Säule der Partei zu machen.

Und darum debattieren die Grünen an diesem Wochenende auch darüber, ob sie ab Montag, wenn sie wieder an ihrer Basis, in ihren Gremien, in den Kreisverbänden und bei ihren Wählern sind, ob sie dann dort sagen können werden: Wir haben einen Fehler gemacht und der heißt Hartz IV; wir wollen den gegenwärtigen autoritären, kontrollierenden und gängelnden Sozialstaat überwinden; im Zentrum unserer Sozialpolitik steht wieder die Idee und der Begriff der Emanzipation, die soziale Absicherung selbstbestimmter sozialer, kultureller und geschlechtlicher Lebens- und Arbeitsweisen und wir haben ein Bild davon, wie diese Gesellschaft in 20 Jahren aussehen soll - und dieses Bild ist nicht mehr ein verblasster Abzug einer orientierungslos gewordenen Sozialdemokratie.

Ohne hier alle einzelnen, eher technischen Aspekte des Grundeinkommens erwähnen zu müssen, können dennoch zwei Dinge betonen werden, die das Grundeinkommen zu einer einmaligen Chance für diese Partei machen, ein großes politisches Zukunftsthema zu besetzen.

Zum einen: Wenn die Grünen glauben, sie kennen ihre Wählerschaft bereits seit 20 Jahren, dann lernen sie auch keine neue mehr kennen! Nicht mehr die, die heute in unsteten Erwerbs- und Bildungsbiografien, prekarisiert und in permanenter Unsicherheit leben, lernen und arbeiten müssen. Und auch nicht

mehr die, die heute ihre politischen Leidenschaften in Alternativen investieren.

Und zum anderen: Die deutschen Grünen haben im Gegensatz zu anderen grünen Parteien die Besonderheit, dass sich bei ihnen alle drei politischen Grundströmungen, Wertkonservative, Menschen- und Bürgerrechtsliberale und Linke, wiederfinden. Greifen sie das Thema Grundeinkommen jetzt nicht offensiv auf und verschenken es gewissermaßen an die zivilgesellschaftlichen Gruppen und die anderen Parteien - und dies, obwohl das Grundeinkommen in allen Grundströmungen der Partei diskutiert und gefordert wird -, dann drohen sie ihre Bindungskraft nach innen und nach außen zu verlieren.

Wir könnten diese verlieren, weil uns dann unser gemeinsames politisches Projekt, das substanziell darauf angewiesen ist, Veränderungen in der Gesellschaft aufzugreifen und zu erkennen, abhanden zu kommen droht. Und dies in einer Situation des Umbruchs der Arbeitswelt, in der selbst das Handelsblatt über das Grundeinkommen schreibt: "Wer sich heute mit dem Konzept auseinander-setzt, ist gut gerüstet für die politischen Debatten der Zukunft."

Daher sollten wir Grünen ab Montag keinen zweiten Anlauf an die Wand vertreten müssen, sondern ein großes gesellschaftspolitisches Ziel, für das es sich wieder aufrecht gehend zu streitend lohnt.

(sueddeutsche.de)

Artikel drucken | Fenster schliessen

DIE ZEIT

Nur Mut zur Zukunft

Die Grünen haben sich vom "Neoliberalismus" verabschiedet. Nun müssen sie neue gesellschaftspolitische Ziele formulieren - und sie mit neuen Köpfen verbinden. Ein Gastbeitrag

Von Robert Zion

Robert Zion ist Mitglied des Kreisverbands Gelsenkirchen der Grünen. Auf dem Sonderparteitag in Nürnberg im September war er Anführer des Aufstands der Basis gegen den Antrag des Bundesvorstands zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr. In diesem Beitrag formuliert er seine Vorstellungen zur Zukunft der Partei.

Heute ist Mittwoch, drei Tage nach dem Parteitag von Nürnberg, und Oswald Metzger ist nicht mehr bei den Grünen. Wahrscheinlich ist er inzwischen in sich gegangen – aber was, glaubte Reinhard Bütikofer, der das als Vorsitzender von ihm forderte, hätte er da anderes finden können außer den alten Parolen der neoliberalen Revolution von oben?

Derweil pendelt sich das Medienecho nach dem Parteitag vom Wochenende langsam ein: etabliert, langweilig, ohne Esprit, kuschelig. Drei Monate zuvor, nach dem Afghanistan-Parteitag von Göttingen, hieß es noch: chaotisch, rebellisch, führungslos. Kein Mensch in der Republik hat zur Zeit in der Außenansicht ein einigermaßen schlüssiges Bild von den Grünen parat. Sind wir jetzt links, oder zumindest dahin gerückt? Oder bürgerlich, was immer dies auch genau sein mag? Orientierungslos gar?

Teile der Presse schreiben: Jetzt wollen auch noch die Grünen Wohltaten verteilen. Was für ein Unding in einer Demokratie! Haben wir nicht jahrelang gehört, dass es ein Tal der Tränen geben muss, notwendige Grausamkeiten, und dass „wir" alle den Gürtel enger schnallen müssten – wobei die Absender dieser Botschaften keineswegs mit deren Empfängern verwechselt werden durften. Viel mehr als diese alten Botschaften wird Oswald Metzger in sich auch nicht gefunden haben.

Dieses „wir", das waren über Jahre diejenigen, denen sich die Grünen nun wieder zugewendet haben: die Armen, die Arbeitslosen, die Prekären, die *working poor*, jedenfalls keinesfalls das Milieu und die Wählerschaft der Grünen. Die ist ja nach beinahe übereinstimmender Einschätzung der Parteienforschung und Demoskopie um die fünfzig, gut gebildet, saturiert, in Angestellten- oder Beamtenverhältnissen, bürgerlich eben. Darum stünden uns jetzt auch schwere Zeiten bevor. Doch die wären ohnehin gekommen.

Wer in der „Mitte der Gesellschaft" brav in politischer Profillosigkeit versinken, wer sich die hart errungene „Regierungsfähigkeit" von den anderen Parteien nur noch bestätigen lassen will, der verliert seine Regierungswürdigkeit. Wem medial zitierfähiger Politiksprech und die einfachen, weil bekannten Lösungen reichen, der wird vielleicht noch ernst-, aber nicht mehr wahrgenommen.

Wer keine neuen Begriffe mehr entwickelt und den Mut aufbringt, diese auch zu verbreiten, der kann die Veränderungen nicht mehr begreifen, der wird wohl auch nicht

mehr begriffen. Wer nur noch einen Weg zu gehen vermag, der hinterlässt nichts als ausgetretene Pfade. Wer keine Politik mit Herz und Hirn mehr macht, sondern nur noch mit dem Hintern, weil dort, wie er denkt, ja der Geldbeutel seiner Wählerschaft sitzt, der schmeißt nur alles mit dem Hintern um. Wer glaubt, seine Wählerschaft schon seit zwanzig Jahren zu kennen, der wird auch keine neue mehr kennen lernen. Wer keine neuen Projekte, keine neue Sprache mehr zulässt, der bekommt die ältesten Nachwuchspolitiker der Welt.

Nein, die Grünen sind noch nicht so, jedenfalls müssen sie nicht zwangsläufig so werden. Doch dafür müssten sich die Grünen wieder ihrer Aufgabe stellen, sich als Konzeptpartei bewusster aufstellen, neue Themen finden und besetzen, dicke Bretter bohren und um Hegemonie kämpfen, neue Bindungskräfte nach innen und nach außen entwickeln.

Mit Sicherheit sind die Grünen derzeit in einer Findungsphase. Nur, wenn wir in einer solchen Phase nichts mehr Neues suchen, was wollen wir da finden, außer das Alte? Darum eröffnen im Zusammenhang betrachtet die Parteitage von Göttingen und Nürnberg eine riesige Chance für die Partei, die ausgetretenen Pfade zu verlassen und sich aus den Gefängnissen der Vergangenheit herauszuschälen.

Göttingen hat das Innere der Partei nach Außen gekehrt und sichtbar gemacht: ihre Verfasstheit als Generationenprojekt und die Sehnsucht der jüngeren, die gleichen Fragen an diese Gesellschaft stellen zu dürfen, wie die Gründergenerationen. „Heimweh nach Zukunft" habe ich es vor Nürnberg genannt. Dort hat die Parteibasis der medialen Öffentlichkeit, die diese Entwicklung nur als Machtfrage und Führungskrise konstruiert hat, die Gefolgschaft verweigert und sich als Konzeptpartei neu aufgestellt, ohne sich dabei auseinanderdividieren zu lassen.

Denn die Partei hat das Thema Grundeinkommen nun besetzt. Jetzt liegt es an ihr, nicht nur die sozialen, sondern auch die ökologischen und ökonomischen Aspekte dieses zentralen Zukunftsthemas zu durchleuchten und zu vermitteln, eine neue gesellschaftspolitische Zielvorstellung zu formulieren, die mit dieser Partei originär in Verbindung gebracht wird: der emanzipatorische Sozialstaat in einer wissensbasierten Ökonomie samt eines neuen Arbeitsbegriffs und damit auch die Abkehr vom industriegesellschaftlichen Wachstumsdogma. Der Weg dorthin kann über die in dieser Form beschlossene Grundsicherung führen. Einer der zentralsten Sätze im Beschluss lautet: „Die neoliberale Hegemonie ist gebrochen."

Ab jetzt werden zunehmend Personalfragen in den Mittelpunkt rücken. Die Frage, welche alten Köpfe noch frei genug sind, die neuen Ideen aufzunehmen und welche neuen Köpfe geeignet genug sind, diese zu vertreten, wird für die Zukunft der Partei entscheidend sein. Deshalb geht es jetzt auch darum, den *closed shop*, zu dem sich die Partei zu entwickeln drohte, zu öffnen und Raum zu schaffen – nicht nur inhaltlich, sondern auch personell.

ZEIT online

48/2007

Freitag 48
Die Ost-West-Wochenzeitung
30.11.2007

Robert Zion

Mehr Aufklärung, weniger Romantik

GASTKOMMENTAR ■ *Dem Anti-Terrorkrieg fehlt es vor allem an Verstand*

Für den islamistischen Kämpfer ist der eigene Tod immer ein Sieg, der ihn zum Märtyrer erhebt. Kann dies und darf dies wirklich für den Westen bedeuten, dass wir ihn darum im Krieg töten müssen? Wie viele sind es eigentlich, wie viele werden es noch sein, die dem Ruf der Märtyrer folgen?

Wer sind "sie" überhaupt? Leider haben wir im Westen bisher kaum verstanden, dass der asymmetrische Krieg gegen den islamistischen Kämpfer nicht zu gewinnen ist - gegen Selbstmordattentäter erst recht nicht. Schauen wir nur auf Afghanistan, dann nimmt dort Huntingtons Horrorvision vom globalen *Kampf der Kulturen* immer mehr den Charakter einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung an. Wie muss ein Kampf gegen den Terror aussehen, den wir auch gewinnen können, ohne uns dabei selbst zu verlieren?

Helmut Schmidt meinte jüngst in einer Rede: "Friede unter uns ist möglich, allerdings müssen wir den Frieden immer wieder aufs neue herstellen und ›stiften‹, wie Kant gesagt hat." Es waren Aufklärer wie Kant, die uns ein Menschenbild nahe brachten, das Verantwortung für die Welt auf die Selbstverantwortung des Individuums überträgt. Seitdem wissen wir: Der Mensch ist nicht nur in der Welt, sondern auch die ganze Welt im Menschen - in jedem von uns. Ein solches Menschenbild grundiert nicht nur unser republikanisch-demokratisches Staatswesen - es prägt auch unseren Umgang mit dem Terrorismus.

Denn der Selbstmordattentäter ist dazu bereit, für die Verheißungen im Jenseits auch die ganze Welt in sich zu vernichten. Führt dies notwendigerweise zu dem Schluss, ihn seinerseits zu töten? Eine alte jüdische Weisheit besagt: "Wer auch nur ein Menschenleben rettet, der rettet die ganze Welt." Wir sollten darin den Kern eines erfolgreichen Kampfes gegen den Terrorismus sehen und deshalb diesen Kämpfern, die bereit sind, in den Tod zu gehen, den Wert des diesseitigen Lebens vermitteln - es für sie annehmbar machen. Und da geht es tatsächlich zunächst darum, *dass wir das Leben des Selbstmordattentäters retten*. Wir gemeinsam mit den Regierungen und Menschen in der islamischen Welt.

Die negative Dialektik, die aus dem Satz: "Nie wieder Auschwitz, nie wieder Krieg", den Satz: "Nie wieder Auschwitz, darum wieder Krieg" werden ließ, ist darum heute obsolet. Einem innerwestlichen Diskurs geschuldet, muss diese Dialektik zwangsläufig in der Begegnung mit den extremen Ausprägungen einer anderen Kultur scheitern. Mehr Aufklärung und weniger Romantik täte darum auch der politischen Linken wieder gut, mithin eine Rückkehr zur skeptizistischen Erkenntnis Kants: Moral liefert uns keine Kategorien zur Erkenntnis der wirklichen Welt, sondern bestenfalls Maximen unseres eigenen Handelns. Denn wollen wir die Welt friedlicher machen, müssen wir sie zunächst besser verstehen. Diesem "Krieg gegen den Terror" mangelt es besonders an Verstand.

Aber wie lässt sich dann Frieden in einer Welt, in der verschiedene Ansprüche und Werte so unvermittelt aufeinandertreffen, überhaupt "stiften"? Eine sehr ernste Frage. In dem Aufsatz *Der Terror ist in uns* des jüdischen Philosophen Jean-François Lyotard lautet die Antwort: den anderen als anderen anerkennen, ihn ein- und nicht ausschließen. Konkret etwa, indem wir in Afghanistan regionale Befriedungsabkommen anstreben und dabei gemeinsame Ziele definieren und nicht unsere Ziele von außen oktroyieren. Alle Kulturen kennen das Prinzip des Vertrags. Denn auch im Koran meint das Wort *miithaaq* (Vertrag) zumeist einen weltlichen Kontrakt - abgeleitet aus dem Wort *wathiqa* (Vertrauen). Solche Verträge - was sind sie sonst als ein Kompromiss und eine Anerkennung der Ansprüche des jeweils anderen?

Robert Zion ist Grünen-Politiker in Nordrhein-Westfalen

mail an die Redaktion nach oben

Impressum - Archiv & Recherche - Abonnement